

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 25. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 124

Tarifgemeinschaft? Ja oder Nein!

Es ist meines Erachtens zwecklos und feige, der Erörterung einer Frage aus dem Wege zu gehen, die seit Jahren in unserm Gewerbe flüchtig ist, und die in der Überschrift dieser Ausführungen ihren kurzen und deutlichen Ausdruck findet. Das Durcheinander, das dem Kriege folgte, mußte auch unsere Tarifgemeinschaft in Mitleidenchaft ziehen. Bereits im Mai 1919 standen „die Vorgänge in der Tarifgemeinschaft“ auf der Tagesordnung; d. h. vereinzelte Lohnbewegungen im Reich, verbunden mit Arbeitsniederlegungen, gaben der Prinzipalvertretung den Anlaß, der Gehilfenschaft nachzuweisen, daß sie ihre Verpflichtungen aus dem Tarifvertrag in einer ganzen Reihe von Orten auf das schwerste verfehlt habe, und daß unter solchen Umständen der Bestand der Tarifgemeinschaft gefährdet sei. Gleichzeitig wurde dem Tarifamt der Vorwurf gemacht, daß es verlagte hätte und die ihm für solche Vorgänge zurbedeutenen Machtmittel nicht zur Anwendung gebracht habe.

Karl aufeinander folgende neue Lohnforderungen, die zweifellos bei der dauernd zunehmenden Verteuerung aller zum Leben unentbehrlichen Artikel ihre Berechtigung hatten, ließen das Gewerbe seit jener Zeit nicht mehr zur Ruhe kommen. Mit dem Steigen der Löhne, das der einen Partei zu langsam und nicht hoch genug ging, während die andere Partei über die Höhe der Forderungen und über deren schnelle Aufeinanderfolge sich sehr erregt zeigte, lag auch der Unwille über die Tarifgemeinschaft. Die eine Partei war der Meinung, ohne Tarifgemeinschaft bewegungsreicher zu sein, die andere glaubte, ohne Tarifgemeinschaft von dieser andauernden aber unausbleiblichen Erschlüpfung des gewerblichen Lebens verschont zu bleiben.

Nicht zuletzt führte die Stellungnahme der Tarifparteien zu einer stetig zunehmenden Zaghaftigkeit und Unsicherheit des tariflichen Beratungshörpers, so daß zur Zeit mit Recht gesagt werden kann, daß der Tarifausschuss seine ureigenste Aufgabe zu lösen: die gegenseitigen Beziehungen aus dem Arbeitsvertrage zu bestimmen und festzulegen, entweder nicht mehr willens oder nicht mehr zuständig ist. Eines ist so schlimm wie das andre! Jedenfalls ist es ein Zugeständnis besonderer Schwäche, wenn die älteste und bisher bestorganisierte Tarifgemeinschaft die Erfüllung ihrer Aufgabe fast ausschließlich in die Hände der Behörden legen muß. Vielleicht aber auch ist die Vermutung nicht ganz unberechtigt, daß die Vertreter beider Parteien aus gleichem Grunde das Machtwort einer Regierungsstelle einer eignen Entscheidung vorziehen.

Wie dem auch sein möge, mit solchem Beginnen haben sich die Tariforgane von der Regelung der Lohnfrage langsam aber bestimmt selbst ausgeschaltet. Die Zeit für jeden Verhandlungsfall nachzuweisende Tatsache, daß die Parteirepäsentanten im Berufsparlament sich nicht mehr verständigen konnten, sondern fremder Hilfe bedurften, hat schließlich das in die Tariforgane gefasste Vertrauen schwer erschüttert.

Daß die eine Partei die aufgestellte Forderung der anderen Partei fast jedesmal für unerträglich und unerfüllbar ablehnte, während die andere Partei von ihrer Forderung nicht zurückzugehen vermochte, wenigstens nicht auf das verlangte Maß, dann aber beide Parteien an einem andern Verhandlungsfeld sich einander nicht unerhebliche Konzessionen machten, die eine mehr als die andere, mußte schließlich auch den Glauben an das gegebene Maneswort ins Wanken bringen.

Geradezu unheilvoll haben z. B. die Vorgänge gewirkt, die sich nach dieser Richtung an die prinzipalzeitliche Abschneidung des Schiedsspruchs des Reichsarbeitsministeriums vom Juni d. J. angeschlossen. Erst lehnt die eine Partei den ersten Schiedsspruch ab, dann die andere Partei den zweiten, und schließlich kommt eine dritte Verständigung zustande, die endlich die Gehilfen einer Verständigung ihrer Wünsche näherbringt, während sie für die Prinzipalpartei eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem ersten Schiedsspruch bedeutete.

Wie mir unzählige Male von Gehilfen seitlich versichert worden ist, glaubt man aus diesen Vorgängen die Schlussfolgerung ziehen zu müssen, daß die nicht befriedigenden Ergebnisse früherer Verhandlungen lediglich auf den mangelnden Widerstand ihrer Vertreter zurückzuführen sind. So bestimmt der Gehilfenvertretung damit ein billiges Unrecht zugefügt wird, so wenig wird man bestreiten können, daß auch eine solche Schlussfolgerung aus den von mir nur kurz skizzierten Vorgängen mit ihnen daraus sich ergebenden schweren Folgen gezogen werden kann.

Zu dem Mangel an Vertrauen gegenüber den Tariforganen gefasste sich nun auch noch das Mißtrauen gegenüber den Führern. Ich glaube, daß dies bei beiden Parteien der Fall ist. Leider wiederholte sich dieses Trauerpiel schon in den Septemberverhandlungen aufs neue. Auch hier keine Verständigungsmöglichkeit, trotzdem bereits am zweiten Verhandlungstag auf genau derselben Grundlage eine Verständigung zu erzielen war, wie dies einige Tage später vor dem Reichsarbeitsministerium geschah. Der Zutritt des Tarifausschusses auch im September war demnach ein vollständiger Fehlschlag, und ich verstehe diejenigen, die mir die Frage vorlegten, ob es nicht richtig wäre, für die Zukunft unter völliger Ausschaltung der Tariforgane für Regelung der Lohnfrage nur die Reichsbehörde in Anspruch zu nehmen.

So sind wir bis heute mit unserer tariflichen Gesetzgebung und mit deren Befolgung bergab gegangen, und wir stehen nach meinem Gefühl vor der Beantwortung der Frage, die ich meinem Artikel vorausgesetzt habe. Ich will sie beantworten und ich beantworte sie trotz allem mit einem selten und lauten Ja! Ohne besondere Versicherung wird man mir wohl glauben, daß ich unter den zur Zeit in unserer Tarifgemeinschaft obwaltenden Umständen mehr wie jeder andere meiner Berufsgenossen leide. Ganz abgesehen davon, daß unsere Tarifgemeinschaft ein Stück meines Lebens ist, daß ich von frühster Jugend an von dem Gedanken befeelt gewesen bin, daß, wenn das Leben Zweck und Ziel haben soll, nicht nach dem Trennenden, sondern dauernd nach dem Bindenden gesucht werden muß, beklage ich den jetzigen Zustand um unseres Gewerbes willen. Er gereicht ihm nicht zur Ehre!

Wir Buchdrucker haben uns bislang im guten Sinne, nicht überhebend, der Tatsache gestreut, daß Arbeitsverträge, von den berufenen Vertretern abgeschlossen, auch anzunehmen und zu halten sind. Die Bürgschaft hierfür lag in den Organisationen und in der Selbstzucht und Disziplin ihrer Mitglieder. In den letzten Jahren sind wir auch damit rückwärts gegangen.

Was ist schuld daran? Breiten Massen unseres Volkes fehlt noch immer die ruhige Überlegung, die vor dem Krieg u. a. zu einem merklich zunehmenden Abfall von den gewerblichen Kämpfen führte. Schrecken und Not des Krieges und so manche durch den Krieg erzeugte Leidenschaft sind noch nicht überwunden; sie wirken auch im Berufsleben weiter fort. Sauer verdientes Geld schwindet beim Familienvater wie Pulver in der Sonne; ausgezahlt und ausgegeben; gearbeitet und nichts gewonnen! Heute eine Lohnverbesserung, morgen schon eine weitere Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse! Es langt nicht hin, es langt nicht her! Dieses dauernde Sorgen ums Leben, dieses ewige Kämpfen um nichts bringt zur Verzweiflung. Der Kampf um die Existenz wird zum Rollenpiel; erst geht man aus, verhandelt; wird hier verspielt, dann auf den Kampf!

Wir haben zu viel verhandelt und zu wenig und vor allem zu langsam gehandelt! Berechtigte und erfüllbare Wünsche sind abgelehnt, später auf andern

Weg unter viel Verdruß aber doch erfüllt worden. Vermittlungen der dafür eingesetzten Organe sollten auf Verlangen der einen Partei auch in besonderen Fällen nicht erfolgen, aber andre berufsfremde Stellen taten dies, und mit Erfolg! Dem Tarifamt gegenüber verwahrte man sich vor nur bedeutungslos angebotener Vermittlung, um schon andern Tags vor andern Stellen zu kapitulieren! Heute hielt man den Kampf beider Parteien für zweckmäßiger als eine billige Verständigung, in wenigen Tagen aber schon und nach nutzlosem, beide Teile schwer schädigendem Kampfe setzten sie sich zusammen und verständigte sich, wie es unter verständigen Menschen nicht anders sein kann!

Und trotz allem finde ich alle entgegen der zentralen Abmachung geführten örtlichen Bewegungen und Streiks nicht entschuldbar! Mehrere früher abgeschlossene Vereinbarungen, die einen die Gehilfenschaft nicht befriedigenden Ausgang nahmen, hätten vielleicht den Anlaß zu solchen vertragsbrüchigen Eigenmächtigkeiten geben können; bei der für Oktober/November getroffenen Vereinbarung lag ein entschuldbarer Grund zu solchem Vorgehen nicht vor. Dies um so weniger, als das Abkommen im Grunde genommen nicht befristet, sondern eine zentrale Abänderung bei nachweisbar weiterer Verteuerung der Lebenshaltung auch in Kürze vorbehalten war.

Es hat wenig Wert, nach den eigentlichen Ursachen dieser im höchsten Grade bedauerlichen Vorgänge zu suchen; die ausführenden Stellen halten dieselben stets für berechtigt und sind auch in keinem Falle mit Ausreden in Verlegenheit. Auch das politische Drahtziehen ihre Hände dabei im Spiele haben, ist eine Tatsache, die trotz allen Bestreitens besteht.

Wohin also soll die Fahrt gehen? Ins Tariflosel! Das ist nur ein Zeichen dafür, daß man den Wert einer zentralen Tarifregelung nicht mehr zu schätzen versteht. Es ist zur Gewohnheit geworden, daß man an jedem Maß und Maßchen kein tarifliches Recht nicht zu erstreiten, sondern nur zu fordern hat. Erst der völlige Verlust einer tariflichen Ordnung wird zur Erkenntnis bringen, daß sie trotz aller ihr anhaftenden Unvollkommenheit einem völligen Durcheinander auf dem Lohngebiete vorzuziehen ist. Zerfällt die tarifliche Ordnung auf dem Lohngebiete, dann ebenso bestimmt auf dem Gebiete des Preistarifs! Soviel gerade auf letzterem Gebiete heute noch zu wünschen übrig bleibt, so bestimmt würde mit dem Fortsalle jeder tariflichen Einflussnahme eine Preisplünderung einsehen, von der man sich heute keinen rechten Begriff machen kann. Die unausbleibliche Folge wäre ein Niedergang unseres Gewerbes, dessen Folgen in erster Linie die Gehilfenschaft in kurzem zu spüren bekäme.

Ist es nötig, noch im einzelnen auf die Folgen solcher Tarifanarchie einzugehen? Ich meine, daß es überflüssig ist; auch unser Gewerbe ist reich an gewonnenen Lehren auf diesem Gebiete. Jeder Streik und jede Ausperrung vermindern die Produktion, die zu heben wir aus bitterster Not verpflichtet sind. Sie schädigen die Allgemeinheit des Volkes und schlagen unserm sowie um seine Existenz schwer kämpfenden Vaterlande neue Wunden — besser aber bestimmt nicht das Los schwer arbeitender und darben der Familien!

Uns allen tut Zusammenarbeit, Zusammensaffen aller arbeitenden Kräfte bitter not, wenn wir uns aus diesen furchtbaren uns täglich entgegenstehenden Glend herausarbeiten wollen. Eine Zerstückelung unserer Kräfte, ein Bekämpfen zusammengehöriger und aufeinander angewiesener Teile des Volkes muß das Glend nur noch verschlimmern. Das überwinden wir auch nicht durch dauernde Lohnverbesserungen! Gelingt es nicht, das Schieber- und Wucherturn an seiner Wurzel zu treffen, um? entschließt man sich behördlicherseits nicht

endlich, alle diejenigen, die sich auf Kosten des Volkes dauernd in verbrecherischer Weise bereichern, als die größten Verbrecher am eignen Volk an den höchsten Galgen zu bringen, dann nützen alle Vohmerhöhungen nichts; sie heißen alle in die Sackie dieser Nimmerjaffen!

Sorgen wir dafür, daß unsre Presse den Kampf gegen diese Volksverderber aufnimmt, und daß sich alle Kräfte im Lande zusammenzuschließen zur Bekämpfung dieser Volkspest! Nicht aber wollen wir gegen uns selbst kämpfen, nicht gegen unser gemeinsames Interesse am Wohlergehen unsres Gewerbes! Wir müssen versuchen, dieseurchbare Zeit mit ihren tausend Nöten zu überwinden; durch

Arbeitsniederlegungen, die im günstigsten Falle einen vorübergehenden Scheinerfolg bringen mögen, daneben aber starke persönliche Opfer von demjenigen fordern, der soviel nichts befrist, wird der Not in unsern Familien beikimmt nicht geteuer!

Verlangt die Gehilfenschaft von ihrem Vertragsgegner unbedingte Erfüllung der getroffenen Vereinbarungen, dann ist auch sie verpflichtet, gleiche Vertragsstreue zu bekunden. Tut sie dies nicht, dann müßte ich die mir in den letzten Wochen von Prinzipalsseite oft vorgelegte Frage: ob unter solchen Umständen von einer Tarifgemeinschaft überhaupt noch die Rede sein könne, verneinen!

Sch warne auf dringendste davor, sich in dieser letzten Sache aufs Probieren zu verlegen; weder die Arbeiterchaft noch das Gewerbe können ein solches Experiment vertragen! Deshalb müssen Ruhe und tatsächliche Ordnung sofort wieder bei uns einkehren, wenn es zur Umkehr nicht zu spät werden sollte. Was dann folgen könnte und mühte, ist unabsehbar in seinen Folgen für den einzelnen und für die Gesamtheit. Das eine aber ist sicher: die Not steigt dann ins Grenzenlose! Ich wollte warnen — mehr vermag ich nicht zu tun!

Berlin.
Paul Schliebs.

Die Lage in Berlin und im Reiche

In der vorigen Nummer konnten wir über den Ausgang der zweitägigen Verhandlungen vor dem Reichsarbetsminister im Berliner Konflikt gedrängte Mittheilung machen, wie es eben die Informationen in so kurzer Zeit zuließen. Dagegen halten wir auf das Ergebnis der außerordentlichen Generalversammlung unsrer Berliner Mitgliedschaft am 20. Oktober nicht richtig eingetippt. Wir hatten uns zu solcher Annahme bewegen lassen, weil wir voraussetzten, das große Verantwortlichkeitsgefühl in dieser zugepöblten Situation werde in der Berliner Versammlung den Ausschlag geben; außerdem sprachen die Leipziger Morgenzeitungen vom 21. Oktober von einer eingetretenen Entspannung und von wahrscheinlichem Wiedererschließen der Berliner bürgerlichen Blätter schon am Freitag. Nachdem aber die vorige Nummer ausgedruckt, erreichten uns zunächst Zeitungsmedlungen, die eine Beilegung des Konflikts in Berlin nach den gepflogenen Einigungsverhandlungen unwahrscheinlich machten. Dann kamen die Berliner Blätter und direkte Mittheilungen, die einen Ausgang der Berliner Versammlung meldeten, wonach an der besprochenen schlimmen Wendung nicht mehr gezweifelt werden konnte. Die Zeitungsnotizen widersprechen sich freilich in Einzelheiten wie auch in der Beurteilung der Vorgänge beträchtlich, wenn schon an dem ungünstigen Stande der Dinge dadurch nichts geändert wurde. Wir lassen deshalb den offiziellen Versammlungsbericht die Vorgänge in Berlin schildern:

Berlin. (Außerordentliche Generalversammlung am 20. Oktober.) Tagesordnung: „Die eventuelle Ausperrung in Berlin und der Fall Mosse“. Kollege Massini schilderte kurz die Entwicklung und den Verlauf der Differenzen bei der Firma Rudolf Mosse. Diese ergaben sich durch die verschiedene Auslegung des Abkommens Massini-Seemann-Abkommen sowie über die Entscheidung für die berechnenden Segen. Das Personal steht sich bei dem von der Firma eingenommenen Standpunkt geschädigt. Das angerufene Tariffchiedsgericht sowie später auch das in Anspruch genommene Tariffamt brachten keine Regelung der Angelegenheit im Sinne des Personals. Da eine friedliche Klärung mit der Firma nicht zu erreichen war, kam es zur Verschärfung der Situation durch eine ultimative gestellte Forderung des Personals. Als auch hierauf die Firma nicht reagierte, verdrängte sich die Erregung des Personals zum passiven Widerstand und der Forderung von 20 Mk. als Ausgleich. Die Folge hiervon war die Aufhebung der Firma an das Personal, den Betrieb zu verfallen. Infolge des Nichterscheinens der von der Firma Mosse herausgegebenen Tageszeitungen erklärten sich die zu einem Konzern zusammengeschlossenen Firmen Mittelteil (über 500 Verbandsmitglieder) und August Scherl (rund 300 Verbandsmitglieder) mit der Firma Mosse (etwa 480 Verbandsmitglieder) solidarisch und stellten das Erscheinen ihrer Tageszeitungen ein. Dem Personal der beiden ersteren Firmen wurde aber nicht gekündigt, sondern es wurde mit allerlei Anbieten beschäftigt. Viele beiden Firmen lassen ihre Blätter nicht erscheinen, lassen freiwillig einen Ausfall von Millionen über sich ergehen, während die Gehilfenschaft Not leidet.

Kollege Fuchs (Betriebsrat bei der Firma Mosse) ergänzte kurz den Bericht Massinis, der seinerseits in weiteren Ausführungen noch hinzufügte, daß bisher alle Verhandlungen, auch vor dem Reichsarbetsministerium, woselbst der Minister Dr. Brauns sich die ersichtlichste Mühe gegeben, den Konflikt beizulegen, ergebnislos geblieben sind. Diese Verhandlungen dauerten am Mittwoch sechs Stunden und am darauffolgenden Tage nochmals fünf Stunden, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Als Ergebnis kam heraus: zwei Tage Bezahlung von der bisher rund fünf Tage währenden Ausperrung und Gewährung eines in kleinen Raten abzuzahlenden Darlehens von 120 Mk.

Die Diskussion war eine sehr lebhaft. An derselben beteiligten sich die Kollegen Albrecht, der in eindringlichen Worten den Kollegen den ganzen Ernst der Situation vor Augen führte und die Sachlage nach den verschiedenen Richtungen hin erörterte. Kollege Bierath erging sich in längeren Ausführungen über die Ursachen des Konflikts und die Berechtigung des Standpunkts der Kollegen von Mosse. Redner brachte eine leinen Ausführungen entsprechende Resolution ein. Kollege Hinze suchte die Schuld auf die verantwortlichen Fühner und Institutionen zu wälzen. Er forderte den Kampf und das Aushalten in demselben. Gegen eine von Redner gebrauchte Wendung: „Die Tarifinstanzen sind Partei und erweilen sich demgemäß, die Grenzen zwischen Arbeitgeber und -nehmern sind längst verwischt, der Trennungstreich besteht nicht mehr“, legte Kollege Massini strenge Verwahrung ein.

In der weiteren Diskussion stellte Kollege Braun aufgestellte Behauptungen über die Behandlung des Konflikts vor dem Tariffamt richtig. Kollege Fiedler betonte, daß die letzte Berliner Generalversammlung bewiesen habe, daß die Kollegen bei einigem Entgegenkommen der Prinzipale nicht den Streik herbeiwünschten. Der Konflikt sei die Nachwirkung über die verhandeltene Auslegung des Massini-Seemann-Abkommens. Dieser Konflikt könne nur beigelegt werden, wenn das Objekt des Streites aus dem Abkommen befreit wird. Redner brachte nachfolgende Resolution ein:

Die am 20. Oktober tagende Generalversammlung spricht den ausgesprochenen Kollegen der Firma Mosse ihre Sympathie aus und fordert die sofortige Einberufung der Lohnkommission zwecks Beilegung der aus dem Massini-Seemann-Abkommen entstandenen Differenzen. Die Kollegen der Firma Mosse finden sich bis zur endgültigen Regelung dieser Angelegenheit mit ihrer Entlassung ab und überlassen die fernere Entwicklung der Dinge der besseren Einsicht der Prinzipale.

Als weitere Redner sprachen noch die Kollegen Hebe, Schreker, Engelmeier, die der vollen Auswirkung des Konflikts das Wort redeten. Kollege Geiß besprach die Ereignisse der letzten Zeit, erwähnte die verdrängten öffentlichen Vorgehen, die recht unangenehme Situationen geschaffen haben und ein erträgliches Verhältnis nicht aufkommen lassen. Im Interesse der Allgemeinheit sei es notwendig, daß die Kollegen von Mosse sich der eventuellen Auswirkung und Tragweite des Konflikts bewußt seien und mit kühlher Vernunft ihre Haltung hiernach einstellen. Kollege Ebel sprach im gleichen Sinne und appellierte an die Kollegen von Mosse, den Streit im eignen Hause zu schlichten und sich durch ihr Verantwortlichkeitsgefühl so leiten zu lassen, wie es den Interessen der Allgemeinheit entspricht. Kollege Marau betonte, daß die Kollegen von Mosse nicht aus Übermut gehandelt haben. Es sei unsre Pflicht, sie zu decken und zu stärken, wenn der Konflikt sich auswähle. Kollege Albrecht teilte Jobann mit, daß er jedoch mit dem Reichsarbetsminister, der sich telephonisch herber gewandt, gesprochen habe. Der Minister teile mit, daß er sich mit aller Kraft dafür einsetzen werde, die Angelegenheit im Sinne des Personals zu regeln; das Personal möge jedoch, wenn auch mit Vorbehalt, die Arbeit wieder aufnehmen.

Hierauf wurde die vom Kollegen Bierath eingereichte Resolution abgelehnt und die des Kollegen Fiedler gegen wenige Stimmen angenommen. Das Personal solle am folgenden Tage zu dem Wunsche des Ministers Stellung nehmen.

Kollege Massini stellte hierauf mit, daß in Anbetracht der kritischen Situation es notwendig sei, am Montag, dem 24. Oktober, eine weitere Generalversammlung stattfinden zu lassen und schloß hierauf die äußerst zahlreich besuchte Versammlung.

Nachricht: Die Betriebsversammlung der Firma Mosse hat inzwischen stattgefunden. Das Personal ist nicht zu bewegen, vor Erledigung des Konflikts die Arbeit aufzunehmen. Im Laufe des heutigen Nachmittags (Freitag, den 21. Oktober) lauten fortgesetzt Meldungen ein, daß die Personale auf Weisung der Prinzipalvereinbarung gekündigt seien. Der Konflikt über ganz Berlin ist somit hereingebrochen. Der Schriftführer.

Entschließung (gegen zwei Stimmen) der Betriebsversammlung des Personals Mosse vom 21. Oktober:

Die heutige Betriebsversammlung kann das Angebot des Herrn Arbeitsministers, die Arbeit unter Vorbehalt aufzunehmen, nicht annehmen. Sie beschließt, aus sachlichen Gründen und gestützt auf das Vertrauen der gesamten Kollegenschaft im Buchdruckgewerbe im Kampf auszuharren, bis ihren gerechten Forderungen Genüge geschehen ist.

Wir brauchen nach allem, was wir in den letzten Wochen geschrieben haben über die Schädlichkeit der öffentlichen oder gar betriebsweisen Bewegungen für die Allgemeinheit wohl nicht besonders zu sagen, daß wir uns mit den Ausführungen des Verbandsvorstehenden und der im gleichen Sinn in der Berliner Versammlung aufgetretenen Redner identifizieren. Die Nachschrift des Versammlungsberichterstatters läßt erkennen, daß als Folge des Verhandlungsausganges am 20. Oktober und der am 21. Oktober erfolgten Ablehnung des Vorschlags des Reichsarbetsministers durch die Betriebsversammlung der Firma Mosse der Stein nun schneller ins Rollen gekommen war.

Am Sonnabendmorgen erschien eine Erklärung der vereinigten Zeitungsverleger Berlins des Inhalts, daß diese nunmehr, da auch der Versuch, das „Berliner Tageblatt“ in andern Zeitungsdruckereien herstellen zu lassen, als gescheitert zu betrachten sei, zur

kräftigen Entlassung „wegen unberechtigter Arbeitsverweigerung“ derjenigen Personale schreiben müssen, die eine solche Arbeitsleistung verweigern; von Streikarbeit könne keine Rede sein, da die Mossische Belegschaft durch das Tariffchiedsgericht einstimmig als tarifbrüchig erklärt worden wäre. Das stimmt nach unserer Kenntnis der Dinge jedoch nicht, das Personal ist mit seinem Standpunkt vor dem Schiedsgericht nur unterlegen. Der Tarifbruch kann sich erst aus dem weiteren Verhalten ergeben, worüber eine besondere Erklärung der Tarifinstanzen erfolgen müßte. Das ist unsres Wissens jedoch nicht geschehen. Die Erklärung der Berliner Zeitungsverleger befragt dann noch, der Verein der Berliner Buchdruckereibeitende habe „gleichfalls vor Bekundung seiner Solidariät mit den Zeitungsverlegern die Kündigung der tariflichen Belegschaften mit der tariflichen abschließenden Kündigungsfrist beschlossen“. Besonders verständlich ist das ja nicht ausgedrückt, aber in der Sprache der Tatsachen bedeutet es Solidaritätserklärung der Prinzipale mit den Zeitungsverlegern. Und diese Solidaritätserklärung gilt unsrer Meinung nach nicht so ausschließlich dem „Kampfe für den Tarif im Berliner Zeitungs Gewerbe“, wie die Überschrift der Erklärung in den Leipziger (bürgerlichen) Morgenblättern lautete, sondern bedeutet wohl mehr eine Maßprobe gegen die Gehilfenschaft, zu der aus unsern Reihen allerdings der Ausgangspunkt gegeben war. Das Streikobjekt lohnte diesen enormen Aufwand nicht. Wenn so viel auf dem Spiele steht, dann konnte auch von der andern Seite (in diesem Falle Firma Mosse und Hintermänner) größeres Entgegenkommen gezeigt werden.

Die hier nur in ihren Hauptmomenten behandelte Erklärung der Berliner Zeitungsverleger ließ die Möglichkeit eines allgemeinen Konflikts noch näher erscheinen, als sie nach dem Ausgange der Berliner Versammlung und der Mossischen Betriebsversammlung schon angenommen werden konnte. Es war denn auch bereits teilweise zu Ausperrungen und ähnlichen Schritten gekommen, da gelang es noch dem Tariffamtsgehilfenführer Schliebs, das Mossische Personal für einen Vermittlungsversuch von ihm zu gewinnen, so daß am Sonnabendvormittag (22. Oktober) die Möglichkeit einer Beilegung des Konflikts nähergerückt erschien. Wir kennen bei Abschluß dieser Nummer den Vermittlungsvorschlag des Kollegen Schliebs noch nicht; wir möchten aber annehmen, daß Schliebs eine Brücke über den wunden Punkt der Arbeitsaufnahme ohne genaue Regelung der Bedingungen hierzu zu finden wüßte. Die Prinzipalität hat sich nach der Methode anderer Unternehmerverbände neuerdings auf diesen Standpunkt verstellt, ohne daß sie damit groß durchgedrungen ist.

Die uns am Sonnabendvormittag telephonisch mitgeteilte Aufhellung der Situation hat sich durch ein am Abend noch erhaltenes Telegramm unsrer Verbandsleitung verstärkt. Das Personal der Firma Mosse hat danach die Arbeitsaufnahme beschlossen, wodurch die vorgenommenen Ausperrungen abgewendet sein dürften.

Wie die Vorgänge in Berlin in der Arbeiterpresse beurteilt werden, dafür nur zwei Beispiele. Der „Vorwärts“ verlag seine kurze Berichterstattung über die Berliner Generalversammlung mit dem Schlußsatz:

Auch wir möchten nicht unterlassen, im Hinblick auf die politische Situation an die beiden streikenden Parteien das dringende Ersuchen zu richten, alles zu tun, was geeignet ist, den Konflikt zu beilegen. Uns scheint, daß bei einigem guten Willen auf beiden Seiten un schwer eine Einigung zu erreichen sein wird. Der hier ausgeprochenen Erwartung kann man ohne weiteres beitreten.

Die „Nole Fahne“, die sich schon in ihrer Dienstagmorgenausgabe ungläubige Verdrehungen geleiht hatte, als die Solidaritätsaktion fast aller bürgerlichen Zeitungen begann, war sofort am Freitagmorgen mit einem Spaltenartikel über die Berliner Versammlung zur Stelle, der nicht etwa eine referierende Wiedergabe darstellte, sondern mehr eine Stellungnahme zu den Ausführungen der einzelnen, dem kommunistischen Standpunkte nicht genehmigen Redner war; auch der Kollege Fiedler als Führer der U.S.P.-Opposition kam schlecht dabei weg. In der Einleitung kommt genügend klar zum Ausdruck, wer sich als Vorkämpfer zu Sonderaktionen bei den Buchdruckern am meisten betätigt. Es heißt da:

Wenn es auch der Gewerkschaftsbureokratie wieder gelungen ist, einen klaren, unzweideutigen Beschluß zu verhindern, so muß doch betont werden, daß die über-

wältigen Mehrheit der Betriebsräte und Vertrauensleute sich unbedingt hinter die Belegschaft von Mollfeld stellt und auf keinen Fall an diese Kollegen die Zustimmung stellt, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. Noch einmal hat der Vertrauensmännerkörper der Berliner Buchdrucker, beeinflusst durch die Versprechungen, Beschönigungen und Beschwörungen der arbeitseingetragenen Gewerkschaftsführer, gegen den Schlag eines übermäßig gewordenen Unternehmertums mit einem Gegenstoß zu beantworten.

Wer verfolgen konnte, wie in Hamburg das dortige kommunistische Organ den Konflikt durch heftige Ausfälle gegen die Belegschaft und den „Korr.“ zu verschärfen trachtete, was anderswo auch der Fall war, der weiß Bescheid über die unaufhörliche Wühlarbeit der „Seltsamen“. Nun aber mögen sich unsere Kollegen aus der Gewerkschaftsrezue in dieser Nummer einmal überzeugen, was diese Selben an gewerkschaftlichen Mißfolgen schon angerichtet haben und wie die von ihnen inszenierten größeren Streiks ebenfalls verfrachten. Sie haben noch wesentlich mehr solcher Bravourleistungen im großen zu verzeichnen, die sie immer verdrängen mit dem Gerode vom „Abwürgen durch die Gewerkschaftsbürokratie“. Wenn solche Leute den Ausgang des Hamburger Konflikts aber „nur ein bescheidenes Ergebnis“ nennen, dann sollten allen Kollegen denn doch die Augen aufgehen.

*

Bei Erscheinen dieser Nummer hat die Gewarvorsteherkonferenz bereits einen Tag beraten; sie ist nämlich schon am 24. Oktober in Berlin zusammengetreten. Nur aus diesem Grunde wollen wir auf eine nähere Beleuchtung der Vorgänge innerhalb der Prinzipalität und gewisser Leistungen der „Zeitschrift“ verzichten. Die Gewarvorsteherkonferenz wird sich ja damit zu befassen haben. Es kann aber gesagt werden, daß die vielen örtlichen Streiks seit Ende September eine Kampfstimmung wie noch niemals bei der Prinzipalität erzeugt haben. Die scharfe Opposition der Weimarer Provinzorganisation mit ihrer sanftmütigen Tagung Mitte September wie das neuerliche Auftreten des kleinen Arbeitgeberverbandes für das Druckgewerbe, dem Herr Weismann-Grone doch noch als Vorstandsmittglied dient, lassen auch auf ähnliche Einbeziehung schließen. Daß nach alledem eine von unserer Verbandsleitung herbeigeführte Vorrausprache mit der Prinzipalsleitung über weitere Erfordernisse auf dem Lohngebiete zu Anfang voriger Woche keinerlei Bereitwilligkeit von der andern Seite erkennen ließ, jedoch für unsere Vertreter die Gewißheit brachte, daß die Prinzipalsführer nach allen Vorgängen der letzten Zeit eben auf alles geheißen, ist Tatsache, daß die Beziehungen von den Notwendigkeiten angeht, der wahrhaftig fortschreitenden Feuerungsgegenstände nimmere besser überzeugt sind, kann aber noch fraglich erscheinen. Die „Zeitschrift“ hat mit ihren Artikeln über „Vertragsfreue“ usw. ja auch nicht gezeigt, daß man den Dingen auf den Grund zu geben vermag, und nicht bedacht, wie man mit solchen Mitteln zur Aufdeckung der höchsten Sünden herausforder. Es brauchen Tarifbrüche ja nicht immer auf dem Lohngebiete zu liegen.

Unsere Gewarvorsteherkonferenz wird also der Prinzipalität in dieser gewiß sehr engen Situation manches zu sagen haben. Wie die „Zeitschrift“ in ihrer Nummer vom 21. und vom 18. Oktober einen sehr wesentlichen Appell zur Solidarität der Prinzipale mit dem Sage beginnen kann: „Der Buchdruckerstreik im Reich dauert an!“, ist auch so ein Ding, worüber zu sprechen sein wird. Der krassen Tatsachenverdrehung durch grobe Verallgemeinerung des Prinzipalsorgans stellen wir die Tatsache gegenüber, daß auch in Weisfeld der örtliche Streik vorüber ist.

*

Der Mahnruf des Kollegen Schliebs in dieser Nummer möge von allen, die noch guten Willens sind, wohl beherzigt werden, denn über alle Not des Tages können doch nur einbeidlicher Wille und geschlossenes Handeln hinwegführen. Die Tarifgemeinschaft zu eringen, ist ein Stärkebeweis unseres Verbandes in einer Zeit gewesen, wo er noch keine Bedeutung hatte; sie nach fast 50 Jahren zu verlieren, würde ein Schwächezeugnis sein zu einem Zeitpunkt, wo alles im Zeichen der Organisation steht!

Solidarität in den Lohnkämpfen, Einheitslohn und Industrieverband

In drei aufeinanderfolgenden Nummern (11., 13. und 15. Oktober) erschienen Redaktionsartikel, die wohl unterschiedliche Überchriften trugen, aber doch eine gleiche Tendenz hatten. Es wurden darin manche recht wichtige Punkte bei den Buchdruckern wie in der Arbeiterschaft allgemein berührt. Diese Aufsätze verdienen unsere Beachtung, jedoch nicht in der Weise, daß nun durch viele Artikel gegen eigentliche offenkundige Tatsachen gehämmelt wird, sondern indem sie alle bemüht zeigen, unentbehrlich werdende Kreisstrichen wieder zu beschriften, d. h. die über wirklichen Reformen im Gewerkschaftswesen zu nennen.

Wenn in diesen Artikeln die bedauerliche Feststellung gemacht wird, daß von einer wirklichen Solidarität in

den Lohnkämpfen der deutschen Arbeiterschaft kaum noch gesprochen werden kann, so ist das ein sehr unangenehmes, aber unbestrittenes Faktum. Angeht diese Tatsache ist es daher notwendig, daß wir den Ursachen nachzugehen suchen, die diese Erscheinung begünstigen. Durch den Lauf der Entwicklung beeinflusst, begann sich allmählich die von uns jahrzehntelang geübte allzu geistige Anpassung an das kapitalistische System zu rächen. Wenn wir als Sozialisten den Klassenkampf befechtigen wollen, so müßten wir mit dem Austräumen der Klassenunterschiede vorerst einmal in untrer eigenen Klasse beginnen. Bei der Gegenüberstellung von Theorie und Praxis mußte es beispielsweise recht eigenartig an, zu lesen, daß in Sowjetrußland 35 Lohnklassen vorhanden sind, die Einkommensunterschiede von 2500 bis 80000 Rubel aufweisen. Wieviel Lohnklassen mögen wir nun aber erst in Deutschland unter der Arbeiterschaft haben? Es ist unter diesen Umständen wahrlich nicht zu verwundern, daß heute eine Berufsgruppe neidisch überlegen auf die andre schaut. Gerade die Zersplitterung auf dem Gebiete der Entlohnung ist es, welche die Solidarität der Arbeiter untergräbt! Da werden zur Begründung der Notwendigkeit dieses Abstantes Quallifikation, Verantwortung und anderes mehr in den Vordergrund gerückt; als ob nicht jeder, durch den Selbsthaltungstrieb gezeitigt, im Arbeitsprozess seinen Platz voll und ganz auszufüllen, dabei seine Fähigkeiten zu beweisen und auch sein Glück Verantwortung zu tragen hat! Außerdem hat aber jeder Arbeiter in bezug auf den Lebensunterhalt die gleichen Bedürfnisse und das Recht, dieselben Anforderungen an das Leben zu stellen. Warum also diese Klassenunterschiede in der Entlohnung? Heute erfüllt nicht mehr nur eine bürgerliche, sondern auch eine Arbeiteraristokratie, die gleichfalls nach berühmten Mustern das Bestreben hervorkehrt, wenigstens in der Bezahlung immer einen gewissen Abstand von dem Plebs zu wahren.

Wenn man schon einmal ohne Unterschiede nicht glaubt fertig zu werden, so sollte doch die Differenz in den Lohnabständen allgemein nicht eine so grobe sein. Es ließe sich ganz gut ein Einheitslohn für alle Arbeiter schaffen mit besonderen Zuschlägen für qualifizierte Arbeiter und gefahrvolle Berufstätigkeiten. Aus der Unbequemlichkeit des Lohnniveaus eine Arbeiteraristokratie sich entwickeln zu lassen, bedeutet für die Einheit der Arbeiterbewegung eine große Gefahr, indem dieser aristokratische Teil der Klassengenossen mit der Zeit durch einen sich aus den Verhältnissen heraus bildenden Geistesmangel in seinem Solidaritätsbewußtsein aufzuweichen hat. An Beweisen dafür fehlt es heute durchwegs nicht, man braucht nur ein wenig in die Kreise der Beamten- und Angestelltenchaft hineinzuleuchten und — sich im eignen Lager umsehen.

Mit Empfasse wird teilweise in der Gegenwart noch von gelehrten und ungelerten Arbeitern gesprochen, zwischen, denen allerdings bestimmte Grenzen noch vorhanden sind. Die Technik hat die Abstände zwischen beiden Teilen aber bedeutend vermindert und auch den gelehrten Arbeiter mehr und mehr zum Zeitarbeiter degradiert; sie läßt ihn das Mitwirken an dem Zustandekommen eines Erzeugnisses nur noch in ganz bestimmten Grenzen vollziehen und erfordert das gleichwertige Mitwirken aller Kräfte im Produktionsprozess. Wie gewaltig auch ungelernete Arbeitergruppen auf den Gang des Wirtschaftens einwirken können, haben wohl zur Genüge die verschiedenen Streikbewegungen, beispielsweise in der Verkehr usw., bewiesen. Erwähnenswert ist dabei, daß zu dem Achtmillionenheere des ADGB, die Fabrik-, Land-, Transport-, Textil- und Bergarbeiter weit über drei Millionen Kämpfer stellen. Zählt man die Hilfskräfte aus den gelehrten Berufsgruppen hinzu, so dürfte die Mehrheit auf dieser Seite gesichert sein.

Eigenartig berührt es, daß wir es bisher verstanden haben, in jeder Beziehung uns dem kapitalistischen System anzupassen, was nur in der Lohnfrage uns verlagert geblieben ist. Weit besser als die Arbeiterschaft versteht es das Unternehmertum, eine gewisse Stabilität und Einheitlichkeit in den Preisen der Produkte auf dem Warenmarkt durch seine wirtschaftlichen Organisationen herbeizuführen; denn muß die Arbeiterschaft beim Verkauf ihrer Arbeitskraft nachsehen. ADGB, werde hart!

Auch die Frage des Industrieverbandes findet in einem der vorerwähnten Artikel Erwähnung. Eine Frage, die bereits vor nahezu 30 Jahren auf dem ersten deutschen Gewerkschaftskongress in Halberstadt (1892) durch eine von den Metallarbeitern eingebrachte Resolution ventiliert wurde und die eine immer größere Anhängerzahl namhaftlich in den letzten Jahren gewonnen hat. Auf der Generalversammlung des Buchbinderverbandes in Erfurt im Jahre 1910 wurde das Projekt der Gründung des graphischen Industrieverbandes ebenfalls in ausgiebigster Weise erörtert. Nach einem hierauf bezüglichen Referat des Verbandsvorsitzenden der Kloth nahmen hierzu auch die anwesenden Vertreter der übrigen graphischen Verbände das Wort, unter denen Silller (Steindrucker) neben dem Referenten der eifrigste Vorkämpfer für den Industrieverband war. Schon damals wies Silller darauf hin, daß die Entwicklung geradezu zum Industrieverbande dränge und ein blickes graphisches Kartell nie das erreiche, was sich dem Unternehmertum gegenüber als notwendig herausgestellt hat. Weniger begelert für diese neue Sache waren unter Döhl und Paula Thiede (Hilfsarbeiter). Döhl hegte die Befürchtung, daß die durch die verschiedenen Situationen in den einzelnen graphischen Berufen vorhandenen Konfliktsstoffe in einer Einheitsorganisation anehesten zur Entladung kommen und zur Uneinigkeit führen würden, während Paula Thiede für ihre Mitglieder das Aufgehen in eine Einheitsorganisation mit der Gefahr verbunden sah, daß sie in rechtlicher Beziehung ins Unter-

fressen kämen. Sämtliche an der Diskussion beteiligten Delegierten sprachen im Sinne des Referenten. Die von den Buchdruckern und Hilfsarbeitern gegen den Industrieverband erhobenen Bedenken haben etwas für sich, wenn in einem Industrieverbande jede Berufs- oder Industriegruppe ihre besonderen Arbeitsbedingungen beibehält. In diesem Falle zeigen sich allerdings heute schon in großen Zentralverbänden Anzeichen der Gefahr, daß einzelne Berufsgruppen, die der Meinung sind, daß sie nebensächlich behandelt und an die Wand gedrückt werden. Es kann nicht in der Tendenz eines so großen Organisationsgebildes liegen, mit differenzierten Arbeitsbedingungen rechnen zu müssen, die wieder für die Organisation noch für die Mitglieder von Vorteil sein könnten. Schließlich soll doch die Einheitlichkeit im Erfolge der Hauptzweck der Herbeiführung der Einheitsfront sein.

Unter den gegebenen Verhältnissen dürfte das Problem des Industrieverbandes nicht eher zur Reife kommen, als bis es gelöst ist. Der Verzichtungskampf der deutschen Arbeiterschaft läßt naturgemäß nach neuen Wegen leuchten, und sie müssen beschritten werden. Es handelt sich beim Industrieverbande nicht lediglich um die numerische Stärke der Organisation, sondern um die möglichst volle Beherrschung des betreffenden Industriezweigs zur Wahrnehmung der für denselben in Betracht kommenden Arbeiterinteressen. Wenn es dem Welt über eine Million Mitglieder zählenden Metallarbeiterverbande nach dem Referentenartikel bisher nicht gelungen ist, trotz seiner großen Mitgliederzahl die materiellen Verhältnisse für die Berufsangehörigen auskömmlicher zu gestalten, so wird sicherlich hierbei die vor Aus aus nicht vorhandene Stabilität der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie der Geist der Mitglieder ausschlaggebend sein. Ein guter Geist unter den Mitgliedern ist aber nicht vorhanden, wenn beispielsweise durch die Berliner Metallarbeiterorganisation im Jahre 1919 festgestellten werden mußte, daß bei 97873 Mitgliedern 99200 Austritte zu verzeichnen waren, was einer Fluktuationsrate von 102 Proz. gleich! Hierzu kommt die ungeheure Lehrlingsmishandlung im Berliner Metallgewerbe, in welchem nach den Feststellungen des städtischen Berufsamts 23000 Lehrlinge beschäftigt sind. Den krassen Fall hierbei stellt ein Betrieb mit zwei mitarbeitenden Inhabern, einem Gehilfen und 34 Lehrlingen dar; ein Beweis, daß die gewerbliche Ordnung hier noch sehr im Argen liegt.

Dah aus Rücksicht auf die Angehörigen in der graphischen Industrie die Verwirklichung des Industrieverbandes scheitern muß, wie es kürzlich im „Graphischen Bunde“ dargelegt wurde, kann nicht recht überzeugend wirken. Die Industrieangestellten arbeiten heute noch zu einem großen Teil unter sehr mifälligen Verhältnissen und benötigen aus dem Grunde die Solidarität der Arbeiter dringend.

Ob allerdings der Industrieverband der Weisheit letzter Schluss sein wird, darüber sind hier und da schon Zweifel aufgelaucht. Es fragt sich nämlich, ob der Industrieverband, wie er durch die Zentralisationskonzentration des Unternehmertums gestellten Aufgaben noch zu lösen, oder ob hierzu nicht ein noch größeres und mächtigeres Organisationsgebilde (Einheitsverband) notwendig ist. Denken wir beispielsweise an den allmächtigen Stinnes, dessen Konzentrationsbestrebungen bereits Unternehmungen des Bergbaus, der Maschinenfabrikation, der Elektroindustrie, der Schiffahrt, der Papierfabrikation und Presse erfaßt haben. Es ist schon richtig, wenn gesagt wird, die Entwicklung läßt sich nicht mit Gewalt vorwärts drängen, nur sehen wir andererseits, daß sie mit Riesenschritten vorwärts schreitet. Deshalb darf die Arbeiterbewegung den Anschluß nicht verlieren und muß bestrebt sein, sich zu modernisieren und entsprechend umzugestalten!

Berlin.

Rudolf Adam.

o o o o Rundschau o o o o o

Zum Streik bei der Firma Meyberg in Schwewe. In Nr. 122 nahmen wir nochmals Bezug auf den Tarifkonflikt bei der obengenannten Firma, über dessen Begleitumstände im „Korr.“ vom 11. Oktober das Nähere zu lesen stand. Bei dieser Gelegenheit kritisierten wir, daß der „Allgemeine Anzeiger für Druckereien“ in seiner Nummer vom 14. Oktober einem Insuperat Aufnahme gewährte, in dem Gehilfen für die bestreikte Firma Meyberg in Schwewe, ein alter Tarifverächter, gelocht wurden. Durch Schreiben vom 21. Oktober teilte uns nun die Firma Klümlich & Co. in Frankfurt a. M. mit, daß sie jederzeit gern bereit sei, die Bestrebungen bzw. das Interesse untrer Mitglieder zu fördern, soweit es sich mit der von dem Verlage streng zu beobachtenden Neutralität nur irgendwie vereinbaren lasse. Der Insuperat „Nichtverbändler“ sei in dem fraglichen Insuperat selbstverständlich gefehrt, weshalb Meyberg die Bezahlung der Anzeiger verweigerte. Darüber hinaus Zenler zu über, strebe jedoch der Firma Klümlich nicht zu. Im übrigen wird in dem an uns gerichteten Schreiben der Wunsch ausgedrückt, daß in Konfliktsfällen die zuständigen Tarife bzw. Verbandsinstanzen der Firma Klümlich & Co. von der Sachlage direkt unterrichtet möchten. Sie würde dann schon Mittel und Wege finden, um die gerechten Bestrebungen der Gehilfen einem tarifrechtlichen Druckereibetrieb gegenüber nicht zu durchkreuzen. Den hier geäußerten Wunsch möchten wir aufs angelegentlichste unterstützen. Jeder Tarif- oder Verbandskonflikt mache es sich zur Pflicht, bei Tarifkonflikten neben dem „Korr.“ sofort auch den Verlag des „Allgemeinen Anzeigers für Druckereien“ in Frankfurt a. M. zu unterrichten. Dadurch wird jede unliebsame Auseinandersetzung in der Presse von vornherein gegenstandslos und der Fernhaltung von Streikbrechern ist damit am besten gegnet.

Norddeutscher Maschinenfabrikerverein (Sitz Hamburg)
 Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“,
 Wesenbinderhof, kleiner Saal oben:
Bierjahresversammlung
 Wichtige Tagesordnung. Vollzähliges Erscheinen erforderlich. [333]
 Der Vorstand.

Das Problem einer neuen Berufsverfassung
 für das deutsche Buchdruckgewerbe. Von Karl Schaeffer. Portofrei 1,20 M.
 Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H.,
 Leipzig, Salomonstraße 8 111. Postfachkonto 53430.

Teilzahlung

Gute Waren zu soliden Preisen

Katalog
 mit 1500 Ab-b. kostenlos

Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen!

Uhren, Zimmerschloß, Gold-, Silber-, Lederwaren, Koffer, Drucke, Lesewagen, Fluginstrumente und Sprechapparate, Kameras, Holzgasler, Schirme, Haarwusch, Kämme, Parfüm, Rasierartikel und Pollen

Prä- usch. Co hanke

Jonass & Co. Berlin 6407

Bolle Alliance-Strasse 7-10

An unsere Inserenten!

Das Ansuchen unsere Anzeigenteile wie nicht gut die zunehmende Größe der Inserate zwingen uns, darauf aufmerksam zu machen, daß zu der dadurch eingetretene Beschränkung des redaktionellen Teiles Gegenmaßnahmen getroffen werden müssen.

Zunächst hat jede Raumverführung zu unterbleiben. Es muß uns überlassen bleiben, unter Zugrundelegung der Nonparierte als Grundbeschriftungsgeschäften nur in sparsamer Weise zu verwenden, um alle Anzeigen auf ein kleines Raummaß zurückzuführen. Auch die Anführungen von teilegenen Verleistungen aufzuheben und Traueranzeigen werden nur noch einpaßig aufgenommen. Anzeigen dieser Art jedoch, für die gleich der Betrag ein eingekauft wird, womit aber nicht einmal der unbedingt erforderliche Raum bezahlt ist, können nicht mehr berücksichtigt werden; einen so geringen Raum muß ein Buchdrucker ausrechnen können. Restanzeigen werden zurückgewiesen, wenn auf dem Wege der Klageverwendung ein größeres Raummaß durchgesetzt werden soll.

Länger laufende Anträge werden vom 1. November an den neuen Beschriftungen angepaßt. Außerdem kann mit einer beträchtlichen Erhöhung der Anzeigenpreise schon für die nächste Zeit gerechnet werden. Geschäftsstelle des „Korrespondent“.

Galvanoplastiker

der das Wachsprägeverfahren völlig beherrscht, such ich bei hohem Lohn [324]
 J. Neumann, Neudamm.

Linotypefeger

mit langjähriger Praxis von großer Tageszeitung Nordwestdeutschlands sofort gesucht.

Gebildungen mit Zeugnisauszügen und Gehaltsansprüchen unter Nr. 323 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Egal Maschinemeister

wohnt! Maschinemeister 22jährig, ledig, in ungehindriger Stellung in Leipzig, getüßt auf gute Zeugnisse, wünscht sich sofort in Dauerstellung zu verändern. Geht, ist firm im Vertikalen (Platten u. Goh), Zeitungs- u. Hülfsdruck, u. gut vter. mit Universal-Drucken. Offerten unter Nr. 327 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Im Kreise Dresden oder Böhmi such ich tüchtiger

Maschinemeister

welder mit allen vorkommenden Arbeiten an der Schnellpresse vollkommen vertraut ist, sofort oder zum 1. Januar Einstellung.

Geht, Offerten unter Nr. 307 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Streichamer

Maschinemeister
 ledig, firm im Illustrations-, Vertikal- und Hülfsdruck, wünscht sich in Dauerstellung zu verändern. Gute Zeugnisse und Druckmuster vorhanden. Offerten unter Nr. 300 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Monotypgießer

mehrfährige Praxis, selbständiger Arbeiter, such ich in Leipzig zu verändern. Offerten unter Nr. 321 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Jünger Schriftseher

möchte bei erstem Hülfsangebot oder Gehalt in Gymnasial- oder Schulbuchdruckerei, hohe Vergütung. Offerten unter Nr. 331 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Graphische Fachklassen

Einwärts- und Wehstalt-Ausbildung. Bismarck durch die Kunstgewerbeschule **Barmen.**

Reparaturen, Montagen

wirden gut und billig ausgeführt von 4) Ludwig Worfstein, Düsseldorf, Jordanstraße 7.

Buchdruckerarbeiten

Schlips- u. Verbandsnadeln Werkzeughäfen verschickbar. Für Maschinemeister u. Scherengel. best. Qual. Kollege Max Bolgi, Leipzig-Gohlitz, Papiermühlstr. 511. Preisliste gratis. (190)

Schregale und Kästen

sowie Formregale, Siebregale, Wafelische, Walzen- und Farbendruckrahmen, Säb- brettel usw. liefern in bester Ausführung ab Lager. Reuner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Verlagsanstalt „Dutenberg“,

Maschinemeister
 Friedensqualität, ließen Reuner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Str. 112.

Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene

Volksfürsorge

Oewerk-schaft - Genossenschaftlicher Versicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg 5 überall eingeführt wird. Meldet Euch bei dertelben als Mitarbeiter und fordert weitere Auskunf.

Musikinstrumente

aller Art garantiert für hervorragende Güte Max Dörfel, Klingenthal i. S. Preisliste frei

Notwendige Werkzeuge für Malchinemeister!

Ahlen . . . 3, 5, 5,50, 6 u. 8 M.
 Hammer 10 M.
 Zangen 9 u. 11 M.
 Nagelzieher 3 M.
 Verlenker 8 M.
 Duschschlägel 3 M.
 Zurechtmessler 5, 6 u. 15 M.
 Sichel 5, 7,50, 9 u. 12 M.
 Punktierzeilen 3 M.
 Punzen 6 u. 7 M.
 Scheren 15 M.
 Celsius 4, 6,50, 7, 10 u. 14 M.
Drucke
 neue Ausführung, mit einem Bohrer für Holz und einem Bohrer für Metall 5 Mark

Parlo und Verpackung wird nicht berechnet. Nachnahme bis 50 Mark 75 Pf., über 50 Mark 1 Mark mehr.

Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H. Leipzig, Salomonstraße 8 Postfachkonto Nr. 53430

Verbandsmonument

Von dem während der „Bürgers“ 1914 herausgegebenen Polkarlen mit dem

ist nach einer kleineren Follen zum Preis von 15 M. für zwei Stück (Zweibuch) abzugeben. Porto extra (bis zu 10 Stück 15 M.).

Gegen Voreinsendung des Betrags auf unser Postfachkonto, Leipzig Nr. 61323, zu beziehen von Geschäftsstelle des „Korr.“

Gaußbriefe

zu 2,50 und 6,50 M. (Parlo u. Verpackung gesondert) empfiehlt St. Sieg, München 9.

Karl Bruber

Er war uns ein treuer Sanges- und lieber Berufskollege mit guten Charaktereigenschaften.

Wir werden dem allfrüh Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Das Personal der „Freiburger Tagespost“, Freiburg i. Br.

Karl Tiesch

im Alter von 41 Jahren. Ein ehrendes Andenken ist dem von uns geschiedenen aufrechten Kollegen allseitig gewahrt.

Bezirksverein Srefeld.

Jean Gaab

im Alter von 79 Jahren. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.

Bezirksverein Mainz.

Jean Geiger

aus Rosenheim im Alter von 54 Jahren. Er ruhe in Frieden!

Bezirksverein Barmen. Ortsverein Remscheid.

Sigo Lewinski

im 66. Lebensjahre. Das Andenken des Verstorbenen werden wir stets in Ehren halten.

Berlin, 21. Oktober 1921. Das technische Personal der Etana Mallein H. G.

Bei Arbeitsmarkt sowie anderen Anzeigen wollen Inserenten die Portoerparnis wegen des Betrags in Höhe von 100 M. auf beizugeben bei Beiträgen unter 100 M. Mark Dreiermarken an: Stadtnoizgrde, Geschäftsstelle des „Korr.“



Der Neue Brockhaus

Handbuch des Wissens in 4 Bänden

Band I ist soben erschienen,

Sichern Sie sich durch rechtzeitige Subskription den ermäßigten Preis!

Der staltliche Bände mit etwa 100000 Selbstwörtern, 7500 Bildern und Karten. Preis des Bandes 14 M., später 160 Mh. Man wolle Prospekt mit Subskriptionsliste verlangen. Ein Probeheft 2,50 Mh. St. Siegl, München 9, Steindambstraße 1.

Edamer Käse

in Pressform, etwa 6 Pfd. schwer, a Pfd. 12,25 Mh. Mittler Käse 1 a Ware. Kasse von 9 bis 10 Pfd. a Pfd. 11,25, 14,45 und 18,25 Mh. Alimburger Käse, fest a Pfd. 14,25 und 17,45 Mh. 60 Berjer Käse Stücke 35,50 Mh. Sugo Schweizer, Hamburg 22 A. Neue, große Rogen- und Milchfahrlinge, etwa 3 Jhr. Sonne 410 Mh., 1. Sonne 225 Mh., 2. Sonne 140 Mh., 3. Sonne 70 Mh., Pottsch 24 Mh., d. gl., 2. So. 280 Mh., 1. So. 155 Mh., 2. So. 108 Mh., 1. So. 68 Mh., Pottsch 20 Mh., Pottsch 20 Mh., 2. Pottsch, 39 Mh., Wisnarchher. od. Vollmops je 38 Mh. Selbstächt. 6,50 Mh. a Pfd. 55 Pctow, Hamburg 30 A 56.

Zeitungsmesseur

für politische Tageszeitung in Berlin gesucht. Nur erste Kräfte mit langjähriger Praxis wollen sich melden. Angebote unter B. G. 306 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Seher und Drucker

(Universal-Apparat, eventuell Winddruck) für Katalog und Hülfsdruck sofort gesucht. Gebäder Nöh, Quedlinburg (Harz).

Buchdruckfachmann

geprüfter Meister, 27 Jahre alt, erstklassiger Farbendrucker, auf bewandert in Mallokation und beangelt, einen mit 1000 Truderteilbetrieb rational zu stellen, such Stellung nach

Dresden oder Umgebung

sich sofort oder später. An Betracht kommt nur eine Person, wo Gelegenheit zu weiterer Beschäftigung oder späterer Weiterbildung, letzteres jedoch nicht Bedingung, was zu 11. Offerta mit Gehaltsangaben unter Nr. 325 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Rotationsmaschinenmeister

und Kundencorotypen für 16-Zeig Frankfurter Rotationsmaschine in die Rezipital gesucht. Ansetzung anzureich und vorwend. Wegen Wohnungsangelegenheit kommen nur ledige Personen in Betracht. Entgelt nach Vereinbarung. Offerten unter Nr. 298 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.



Der kurze Almanach

für Buchdrucker und Buchfreunde erhältlich in einigen Tagen! Preis 18 Mh. auszsh. Porto u. Verp. Durch die zahlreich eingehenden Vorausbestellungen wird die erste Auflage in allerzürge vergriffen sein! Zeichnungslisten mit Angabe der Vorzugspreise bei Sammelbezug und ausführliche Prospekte bitte ich umgehend zu verlangen. [322] Verlag Julius Mäfer, Leipzig.

Jünger Zeitungs- und Anzeigenfeger

der auch Hecotypieren kann, in dauernde Stellung gesucht. Eintritt 7. November. „Preisboole“, Neustadt (Orla).

Für unsere Maschinenlehrer, Abteilung Zeitungssatz, suchen wir einen bewanderten

Monotypgießer

dem Gelegenheit geboten wird, sich auf der Linotype auszubilden.

Verlagsanstalt „Dutenberg“, Noblung, Scholtstraße 8.

Typographfeger

für U. B. gesucht. Für einen flechtigen Seher mit guten Maschinenkenntnissen bietet sich angenehme, gutbezahlte Dauerstellung.

Angebote mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen und Eintrittstag an Fr. Wlff. Nuhjus, Dortmund.

Rotationsmaschinenmeister

für 32zeilige Si. & B. Illustrationsmaschine gesucht. Geroide Verlag, Pöbnech (Ehrl. Wald).

Tüchtige Schriftgießer Fertigmacher und Zurrichter

gesucht. Schriftgießerei G. Floberg, Leipzig, Zaitstraße 31.

Schriftgießer

Wir suchen sofort einige tüchtige Schriftgießer in dauernde Beschäftigung. [329] Gottfried Wältge, Schriftgießerei, Pannsdorf-Leipzig.

Verbandsnadel (A. D. R.) in echt neblt St. Siegl, München 9.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuführen.

Beilage zu Nr. 124 — Leipzig, den 25. Oktober 1921

Reaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Neubestellungen

auf das Verbandsorgan sind zu jedem Monatsersten zulässig • Zugangspreis 50 Pf. monatlich, 1 Mk. zweimonatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich • Man bestelle den „Korr.“ sofort bei der nächsten Postankunft

Zu unserer nächsten Lohnbewegung

Vergangenheit

Es war einmal im Mittelalter, als man noch die Herzen zu Aische verbrannte, als das Schreiben und Lesen fast nur in den Klöstern bekannt war, da erland ein Mann namens Gutenberg die Kunst des Bucherdrucks. Seine Gesellen waren hochangesehene Herren, vor denen jeder Mann die Kappe zog, und vor denen die hohen Weiberlein knixten aus Respekt vor dem Wissen der also Gebildeten.

Mit den äußeren Ehren standen die Einkünfte in gleichem Verhältnis. Mit der durch die Hilfe der Buchdruckerkunst verbreiteten Bildung sank aber das Ansehen der Gelehrten und die schwarze Kunst immer tiefer und mit ihm auch das Einkommen.

Je weiter sich die Bildung ausbreitete, um so billiger wurden im allgemeinen die Bildungsmittel, besonders die Literatur. Man kann mit Recht sagen, aus Stoffen der Lebenshaltung der Jünger Gutenbergs wurden Bücher und Zeitschriften immer billiger; die wirtschaftlichen Verhältnisse der Buchdrucker wurden immer schlechter, je größer der Bedarf an Druckwerken war.

Als die Not am größten war, schufen sich die Buchdrucker einen Verband, wodurch sie ihre Lage wenigstens etwas verbesserten. Es dauerte nicht lange, so nannte man sie die „Pioniere der Arbeiter“, ihre Organisation galt als Vorbild für andere Arbeitervereine. Aber trotzdem vermochten sie sich nicht an der Spitze der Arbeiterschaft zu halten. Ihre Einkünfte stiegen in geringerem Maße als die der anderen Arbeiter, als ein langer und schwerer Krieg alles auf den Kopf stellte und Elend über Elend schuf.

Zukunft

Man muß sich alles, alles wenden!
Die vorübergehenden Verhältnisse müssen, sollen und können gebessert werden. Wir Buchdrucker wollen wieder unsere alte Stellung in der Arbeiterbewegung einnehmen und unsre wirtschaftliche Lage so verbessern, daß wir wieder als „Pioniere der Arbeiter“ gelten. Wir wollen fernerhin nicht mehr dazu beitragen, daß man durch niedrige Bezahlung und Ausnutzung unsrer Arbeitskraft billigste Literaturerzeugnisse auf den Markt bringt.

Die uns seit Jahren gebotenen Steuerungszugelen und wirtschaftlichen Beihilfen müssen beseitigt und durch weit höhere Bezüge ersetzt werden, die sich den zur Zeit an andere Arbeiter gezahlten Löhnen anschließen. Bei der nächsten Lohnbewegung im November d. J. verlangen wir den Durchschnittslohn der zehn am besten bezahlten Arbeiterkategorien als Minimum unsres Lohnes. Dieser Durchschnittslohn könnte in der Weise festgelegt werden, daß Berliner und Hamburger Löhne der am höchsten bezahlten Arbeiterkategorien zur Berechnung herangezogen würden. Der erlangte Durchschnitt wäre das Minimum für Berlin und Hamburg, für die übrigen Druckereien fänden Abzüge nach Maßgabe des Tarifs statt, so daß die ohne jeden Lohnzuschlag einen um 20 Proz. niedrigeren Lohn erhielten usw. Die Lohnfestsetzung würde allmonatlich am 15. einer neuen Prüfung unterzogen und das Ergebnis wäre maßgebend für den darauffolgenden Monat. Auf diese Weise wären weitere Verhandlungen zwischen den Tarifparteien überflüssig geworden.

Diese Lohnfestsetzung könnte weiterbestehen, bis die wirtschaftlichen Verhältnisse sich so geändert haben, daß ein fester Tarif für längere Zeit abgeschlossen werden kann.

Kein Mensch kann uns unbeschädigen schelten, wenn wir diesen Durchschnitt der Arbeitslöhne für uns beanspruchen.

Samburg.

Senkriede.

Gewerkschaftsrevue

Unter den zahlreichen gewerkschaftlichen Tagungen der letzten Zeit leitete die 15. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Jena das größte Interesse auf sich. Schon der Wahlkampf zu dieser Metallarbeitertagung war ein außergewöhnlich harter, mit Flugblättern, Zeitungspolemiken und Versammlungen wurde operiert. Es ging um Selb- und Mitbestimm der größten Gewerkschaftsorganisation der Welt. Die Anhänger der verschiedenen Parteirichtungen rangten leidenschaftlich um den Sieg, der in der Einsetzung möglichst vieler Delegierten der einen oder der anderen parteipolitischen Auffassung erblickt wurde. Bereits der Aus-

fall der Wahlen brachte das erfreuliche Faktum, daß bis auf einige wenige Orte die Anhänger der gewerkschaftlichen Einheitsfront, die vereinigten SPD. und USP., stark in der Mehrheit blieben. Es erhielten die SPD. 412, die USP. 255 und die KPD. 113 Delegierte. Siffertmäßig ging die sozialdemokratische Mehrheitspartei am weitesten stärksten aus der Wahl hervor. Dieses Resultat drückte zugleich noch die Tatsache aus, daß der kommunistische Wunderglaube bei den Metallarbeitern gewaltig abgenommen hat, und daß keine Aussicht mehr besteht, größere Teile der Arbeiterschaft durch revolutionäre Phrasen benebeln zu können. Die Kommunisten mußten sich mit einem bescheidenen Prozentsatz unter den Delegierten begnügen. Aber so erfreulich der Wahlausgang im gewerkschaftlichen Interesse auch war, man muß doch wünschen, daß ein solcher Bruderkampf nie wieder geführt zu werden braucht. Die Gruppierung nach Fraktionen oder die Bildung von besonderen Aktionsausschüssen innerhalb einer Gewerkschaft mögen durch Zeitnotwendigkeiten bedingt sein, dennoch muß das Fortbestehen solcher Einrichtungen als ein Übel bezeichnet werden. Parteipolitisch abgestimmte Wahlen bilden einen Krebschaden für jede Organisation, und es wäre dringend zu wünschen, daß statt einer parteipolitischen Zerstückelung überall eine intensiver gewerkschaftliche Gemeinschaftsarbeit betrieben würde, den Interneuern zum Trutz und den Arbeitern zum Nutz!

Der Verbandsrat der Metallarbeiter ist diesem Grundsatze durchaus gerecht geworden, sowohl in seinem Verhalten als auch in seinen Beschlüssen. Es liegt nicht in untrer Pflicht, den Verhandlungsverlauf hier breit aufzurollen. Nur das für die deutsche Gewerkschaftsbewegung hochbedeutende Fazit der Jenaer Tagung soll festgehalten werden. Zuvor mögen einige allgemeineren Zahlen aus dem Jahresbericht über 1920 des Metallarbeiterverbandes genannt sein, die darun, welche gewaltige Gestaltungskraft in dieser riesigen Organisation steckt. Die Mitgliederzahl stieg im Jahre 1920 von 1605186 auf 1608932. Die Zunahme ist zwar relativ gering, aber dennoch bedeutet sie einen Erfolg, wenn man bedenkt, daß in der deutschen Metallindustrie, die während des Krieges eine riesenhafte Ausdehnung angenommen hatte, in der Nachkriegszeit eine gewaltige Abwanderung vieler Arbeiter und Arbeiterinnen in ihre früheren Berufe erfolgte. Infolge dessen gingen dem Metallarbeiterverbande viele Mitglieder verloren. Auch die Abströmung industrieller Gebiete trug zur Mitgliederabnahme, bel. Beitrag die Mitgliederzahl vor dem Kriege noch 550000, so kann, hingehehen auf die bis Ende 1920 erreichte Höhe, von einer stürmischen Aufwärtsentwicklung des Deutschen Metallarbeiterverbandes gesprochen werden. Dieser entspricht natürlich auch die Finanzgebarung, die derjenigen eines kleinen Staatswesens gleichkommt (190 Mill. Mk. Einnahmen und 148 Mill. Mk. Ausgaben in einem Jahre). 743 Verwaltungskstellen sind im ganzen Reich vorhanden. Durch die sozialen Unterstützungen, die keine erst zu nehmende Gewerkschaft entbehren kann, wurde die Verbandskasse mit 35435871 Mk. belastet. Für Streiks, Maßregelungen, Lohnbewegungen und Verhandlungen wurden insgesamt 31090305 Mk. aufgewandt. Die Zahl der Verbandsangestellten hat sich entsprechend dem Wachstum der Organisation vermehrt. Im Hauptbureau werden 120 Personen beschäftigt, ohne das Personal der Druckereien. Einschließlich der Bezirks- und Lokalbeamten sind insgesamt 1400 Angestellte für Organisationszwecke tätig. Die „Metallarbeiterzeitung“ als Verbandsorgan erschien 1920 in einer durchschnittlichen Auflage von 1640000 Exemplaren. Ihre Herausgabe kostete 8754128 Mk. Sie wird allwöchentlich in drei Druckereien (Stuttgart, Berlin und Duisburg) hergestellt. Die Druckereien in Stuttgart und Berlin, modern mit Rotations- und Flachdruckmaschinen und allem sonstigen Zubehör eingerichtet, sind Eigentum des Verbandes. Die „Metallarbeiterzeitung“ erscheint durchschnittlich vierstellig und einmal im Monat achtfestig. Eine Achtfestnummer erfordert 1063 Str. oder 51800 kg Papier. Im Jahre 1920 machte die Herstellung der „Metallarbeiterzeitung“ den Aufwand von 29000 Zentnern oder 1450000 kg Papier notwendig. Neben der „Metallarbeiterzeitung“ erscheint die „Metallarbeiter-Jugend“, allmonatlich für die jugendlichen Mitglieder des Verbandes. Sie wird in einer Auflage von 125000 Exemplaren gedruckt. Ein Bildungsorgan für Betriebsräte, die „Betriebsräte-Zeitschrift“, für die Funktionäre der Metallindustrie erscheint halbmöndlich in Heftform in einer Auflage von 450000 Exemplaren. Eine ganze Reihe von Verwaltungsstellen, wie Berlin u. a., geben teilweise allwöchentlich stiftliche Mitteilungsblätter heraus. Der Bedarf an Druckerezeugnissen im Metallarbeiterverband ist demnach ganz enorm.

In einer fast vierstündigen Rede erstattete Robert Dörmann, der seit dem Stuttgarter Verbandstage (1919) an der Spitze des Deutschen Metallarbeiterverbandes stehende neue Mann, Bericht von der gewaltigen Arbeit des Vorstandes innerhalb der letzten zwei Jahre. Dem neuen Manne war es in diesem Zeitraume aber nicht möglich, zugleich auch neue Wege einzuschlagen, sondern er mußte versuchen, genau so wie die von ihm aufs härteste bekämpften früheren Verbandsleiter, aufschauende Schwie-

rigkeiten durch eine klug abwägende gewerkschaftliche Taktik zu umgehen oder zu beseitigen. Dörmann hat im allgemeinen die gleiche Überzeugung gewonnen durch seine als Verbandsvorwärtler gemachten praktischen Erfahrungen wie seine Amtsvorgänger, daß nichts salbcher und nichts weniger marxistisch ist als eine unangebrachte Nachgiebigkeit gegen jede Stimmung aus Mitgliederkreisen, und was sie noch so revolutionäres Aussehen haben. Dörmann mußte auch vom neuen Verbandsvorwärtler gebremst werden, wenn allzu optimistische Mitgliederkreise zum Kampfe drängten. Das wurde natürlich von den Kommunisten mit allem Raffinement für ihre Zwecke ausgenutzt. Der Verbandsvorwärtler wurde von ihnen — genau so wie früher von den Gesinnungsgenossen Dörmanns — als „Verräter“ und „Selbstverleugner des Unternehmertums“ gebrauchmarkt, und durch immer wechselnde Parolen suchten die kommunistischen Wühlmäule den Streik zu schüren, suchten sie wilde Streiks zu inszenieren, die natürlich von der Verbandsleitung nicht nur keine Unterstützung, sondern entschiedene Bekämpfung erfuhren. Mit ganz besonderer Schärfe besetzte Dörmann denn auch, daß die Selbstständigkeit der Gewerkschaftsbewegung unter allen Umständen gewahrt werden müsse, wenn nicht anders eine weitere Zerstückelung der Arbeiterschaft und demzufolge eine Schwächung des Proletariats eintreten sollte. In der Verwirklichung der bedrohten Einheit des Verbandes lag der Schwerpunkt der Tätigkeit des neuen Verbandsvorwärtlers. Unter solchen Umständen hätte es für die mehrheitssozialistischen Delegierten gewiß nahe gelegen, auf den Gegenstand zwischen früher Versprochenem und nicht Erfülltem, auf die anscheinend unüberbrückbaren Gegensätze in der gewerkschaftlichen Auffassung, in der Taktik, ja selbst in der Art der Aktion mit Schärfe hinzuweisen und angelegentlich der eingetretenen Wandlung billige Trümpfe zu liefern. Wenn es nicht geschah, so sicherlich in der Erkenntnis, daß damit dem Wohle der Mitglieder ebenso wenig genügt wäre wie der Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Fehler sind nicht bloß dazu da, daß sie gemacht werden, sondern auch dazu, daß man aus ihnen für die Zukunft lerne. Nur wenn es gelingt, die Arbeiter mit selbstlosem Vertrauen auf ihre Organisation, in diesem Falle den Deutschen Metallarbeiterverband, zu erfüllen, wird mit Sicherheit auf festen Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung und darauf zu rechnen sein, daß alle Wünsche des Unternehmertums zustande kommen werden.

Das größte Verdienst des Metallarbeiterverbandstages liegt darin, eine Einigung der freistehenden Brüder auf mittlerer Linie erzielt zu haben. Von Anfang an war bei den Delegierten der SPD. die Meinung vorherrschend, daß versucht werden müßte, mit der zweitgrößten Fraktion des Verbandes, der USP., zu einer Annäherung zu kommen. Die Rede Dörmanns bildete den besten Ausgangspunkt dazu. Eine Hauptschwierigkeit lag darin, für die zahlenmäßige Anteilnahme an der Verbandsleitung die richtige Grundlage zu finden. Die Verbandsleitung gelang insofern, als der mehrheitssozialistischen Richtung bei den bedingten wie bei den unbedingten Vorstandsmitgliedern je sechs und der unabhängigen Richtung je fünf Sitze eingeräumt wurden. Die Reaktionen der „Metallarbeiterzeitung“ wurde ebenfalls paritätisch befehlt, und für den Verbandsausschuß wurde das Zahlenverhältnis 3 zu 2 als richtig befunden. Bei der Sachlage war es nicht allzu schwer, in einer gemeinsamen Entschließung der beiden maßgebenden Fraktionen grobzügige Richtlinien für die künftige Verbandsfähigkeit aufzustellen, die mit Zweidrittelmehrheit angenommen wurden. Diese Richtlinien betragen in ihrem Kernpunkte folgendes:

Die Erhebung der Metallisten ist nur durch die sozialistische Gemeinwirtschaft möglich. Nur diese verübrigt äußeren und inneren Frieden, den Wiederaufbau der Weltwirtschaft und den internationalen Warenaustausch sowie die Befreiung und Wohlfahrt der unterdrückten und ausgebeuteten Massen. Das Ziel vermag nur eine politisch einheitlich und wohlorganisierte Arbeiterklasse zu erreichen, die sich gleichzeitig auf festgelegte Gewerkschaften stützt, die getragen sind vom Geiste der Demokratie und des proletarischen Klassenkampfes und in ihrem Einklange mit den sozialistischen Massenorganisationen aller Länder, der Weltkammer der Gewerkschaftsinternationale, handeln.

Der Deutsche Metallarbeiterverband ist berufen, an der Erreichung der sozialistischen Gemeinwirtschaft hervorragen zu leisten. Um diese Mitwirkung zu einer erfolgreicheren zu gestalten und um dem Kampf gegen die kapitalistische Mißwirtschaftsordnung und ihre verderblichen Folgen beizustehen und nachdrücklich zu führen, ersticht der Verbandstag der Deutschen Metallarbeiter als erste Vorbedingung: die Zusammenfassung aller Kräfte ohne Ansehen der politischen Meinung, die der Verbandsstatut als Richtschnur ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit anerkennen und jede Willkür von Seiten ablehnen, an denen der Verband keinen Teil hat. Die zur Durchführung der gewerkschaftlichen Einheitsfront getroffenen Maßnahmen des Verbandes und des erweiterten Beirats heißt der Verbandstag gut.

Wenn es noch eines Beweises bedurfte hätte, daß die beiden stärksten Mitgliedergruppen des Metallarbeiterverbandes in ihrer gewerkschaftlichen Grundauffassung kaum voneinander abweichen, so wurde dieser Beweis durch die Verhandlung über die Verfechtung der beiden zu diesem Beratungspunkte vorliegenden Resolutions in eine gemeinsame vollst. Erbracht. Ein Versuch der Kommunisten, bei dem Programmpunkte des Verbandes, „Ausnutzung jeder Möglichkeit zur Förderung der Interessen der Metallarbeiter“ die Worte einzufügen, „unter Ablehnung einer Beteiligung an den Arbeitsgemein-

Iskaffen", wurde, nachdem besonders Dörmann dagegen gesprochen, abgelehnt!

Begreiflicherweise sah sich der Verbandstag der Metallarbeiter, um die Kampfkräft der Organisation zu stärken, gezwungen, zur Beitragserhöhung zu greifen. Es gibt kein andres Mittel, um das zu erreichen, was die Mitglieder in jeder Gewerkschaft der Leistung als Mangel anzukreiden beabsichtigen. Namentlich solche Mitgliederkategorie, die nicht laut genug die Verwirklichung des Kampfgedankens fordern können, sollten die Beschaffung der dazu nötigen Mittel als eine gegebene Selbstverständlichkeit betrachten. Die gewerkschaftlichen Unterstellungen wurden der Zeit entsprechend heraufgehoben, nämlich die Reihenunterstützung von 2 auf 5 Mh. pro Tag, die Streikunterstützung in der ersten Klasse auf 15 Mh. täglich (gleich 90 Mh. wöchentlich), in der zweiten Klasse auf 10 Mh. täglich (gleich 60 Mh. wöchentlich), in der dritten Klasse auf 5 Mh. täglich (gleich 30 Mh. wöchentlich). Außerdem wurden die Zulagen für Ehefrauen und Kinder verdoppelt.

In allen lebenswichtigen Fragen des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben sich die Delegierten einmütig gezeigt, um die Geschlossenheit der Organisation nach außen und innen machtvoll zu bekunden. In dieser Beziehung datiert von Jena aus eine bedeutsame Wendung, die der Metallarbeiterchaft und der Gewerkschaftsbewegung überhaupt zum Segen gereichen wird. Mit erkranktem Beharmermut entschieden sich die Teilnehmer an der Jenaer Tagung aber auch für die Antlitzdamer Gewerkschaftsinternationale und behandelten damit, daß die Zeit für die Moskower mit ihren demagogischen Parolen, womit sie Einfluß auf die Verbandstaktik zu gewinnen hoffen, endgültig vorüber ist. Auch damit ist der gesamten Gewerkschaftsbewegung ein schätzenswerter Dienst erwiesen worden.

Wer daran zweifeln sollte, der weiß nichts davon, wie eifrig kommunistische Gewerkschaftszersplitterer bemüht sind, durch eine heuchlerische Formulierung ihrer Parolen die Arbeiterchaft in den Glauben zu verlesen, daß sie sich der Ausbaur der Weltwirtschaft auf kommunistische Art mühelos durchführen lassen würde unter Befehlsgang aller logischen Notwendigkeiten der Arbeitslosigkeit, wenn nur die verhassten Gewerkschaftsbonzen nicht wären. Diese „Arbeiterverräter“ suchten lebhaft auf Kosten der Arbeiterchaft die kapitalistische Produktion in Gang zu bringen. Dabei sitzen die eigentlichen Arbeiterverräter unter denen, die den Arbeitern in leichtfertiger Weise vorreden, der Kapitalismus sei durch revolutionäre Aktionen aus der Welt zu schaffen! Zahlreiche verlorene Kämpfe, große zwecks verlorene Aufwendungen sind die Folgen solchen Köhlerglaubens. Es dürfte zur Aufklärung über die kommunistische Konfusion nützlich sein, darauf hinzuweisen, wie ausgerechnet Lenin — der mehr und mehr vom Dogma zur Wirklichkeit zurückkehrt — über die Tätigkeit vieler Kommunisten denkt, die Produktion wirtschaftlich und sozial befriedigend aufzubauen. In einer Ansprache an die privatkapitalistischen ehemaligen Fabrikanten der russischen Textilindustrie hat Lenin „in dieser schweren Zeit alle, ohne Unterschied der Überzeugung, zu helfen und die vaterländische Industrie wieder herzustellen, die durch den Bürgerkrieg und die Maßnahmen unverantwortlicher Personen, die bedauerlicherweise zur kommunistischen Partei gehören, zerstört worden ist“. Dann laßt er fort: „Es ist vollkommen richtig, daß es unter uns Studentenrethoriker gab, die, von der Wirklichkeit weit entfernt, gewohnt waren, mit einem Weisheitsbuckel den gordischen Knoten zu zerhacken. Reine Ideale der politischen Überzeugung verstehen es oft nicht, den richtigen Moment zu erfassen — und damit haben sie unsre Industrie so fundamental zerstört. Jetzt haben sie sich von den Fehlern ihrer Taktik überzeugt und sind zur Seite getreten“.

Das letztere mag auf Ruhland zutreffen, aber keinesfalls auf Deutschland. Hier werden noch genug kommunistische Studentenrethoriker, reine Idealisten der politischen Überzeugung und Demagogen schlimmer Sorte auf die Arbeiterchaft losgelassen. Der kürzlich beendete Streik der Bremer Werftarbeiter, durch den in der Hauptsache ein Akkordabzug verhindert und den Betriebsräten Solidarität beigegeben werden sollte, ist ein Schulbeispiel dafür. Die „Rote Fahne“ brachte folgende lakonische Notiz über den Streikabbruch: „Am Montag, 3. Oktober, beschloß eine Versammlung der streikenden Belegschaft der „L.-G. Weler“ die Wiederaufnahme der Arbeit, die in den nächsten Tagen erfolgen wird. Die Zahl der Maßnahmen ist noch nicht abzulesen, doch ist sie eine sehr große. Nach heftigstem, heftigstem Kampfe mußten die Bremer Werftarbeiter den Streik abbrechen und sich den Bedingungen des Unternehmerlums fügen, weil die Gewerkschaftsbureaurokratie den Abwehrkampf auf breiterer Grundlage verhindert hat.“ Das alte Lied: Die Gewerkschaftsführer fragen an allem Schuld; selbst für das Fehlgeschlagen der verrücktesten Pläne kommunistischer Arbeiterbegleiter werden sie verantwortlich gemacht. Das ist um so empörender, als in der „Roten Fahne“ kein Wort darüber verlautete, daß drei Kommunisten, die sich in die engere Streikleitung der Werftarbeiter eingeschlichen hatten, als Spionier erkannt wurden, und daß einer der Zellensbauer, Banasiewicz mit Njemen, ein für die Provinz verantwortlich zeichnender Redakteur der „Roten Fahne“, in unmittelbaren Diensten der Weltgewaltigen stand! Dieser jetzt von der Arbeiterchaft mit Schimpf und Schande zum Teufel gejagte Arbeiterverräter, der in der kommunistischen Fraktion der Bremer Bürgerchaft den Vorstoß führte, der dem Streikkomitee der Werftarbeiter angehörte und in der kommunistischen Organisation für den Bezirk Nordwest die Geschäfte des Vorstehenden führte und obendrein noch als Stellvertreter der Parteisekretäre amtierte, beschloß die bodenlose Frechheit, unter der Überschrift: „Die Wahrheit

über den Streik der L.-G. Weler“, folgenden Artikel in der „Bremer Zeitung“ vom Stapel zu lassen:

Werftarbeiter hört!

Mitteleuropäischer Werbestrich hat man es fertiggebracht, euch auf das Schreckensstadium zu bringen. Für die Privatbesitzer Höder, Bredar, B. ananowicz war ein gelungenes Freispiel, als die drei Betriebsratsmitglieder Höder, Friede und Braudmüller entlassen hat, zum Sturz zu haben. Fünf Wochen lang hat man euch mit Hyphen gefüllter, Versprechungen gemacht, die heute in der nächsten Form vor euch liegen. Sie sind: Hunger und namenloses Elend, was ihr ganz bestimmt nicht gewollt habt. Wo sind jetzt die „Wetten aus dem Morgenland“? Jene davon, Friede und Braudmüller, haben die ersten Stützpunkte gewonnen und der dritte, Höder, hat als Haupt der „Willa Hedwig“ bezogen. Und was geschieht mit euch? Wollt ihr, daß eure Frauen und Kinder den Hungerriemen noch länger ziehen sollen? Wollt ihr, daß man euch zum Weibhaken hebt? Wollt ihr, daß ihr den kommenden Winter hungert und friert und eure Damen fristen müßt? Wollt ihr, daß die 700 Sironiten elendig zugrunde gehen? Nein und abertausend Nein! Wie war die Stimmung in der Werftarbeiterkammer? Mit allen Finsternissen versuchen die Führer von gefluren sich das Hungerloch vor der Nase zu erhalten!!! Schlauchfänger Arbeiter haben sich an der Abkündigung nicht beteiligt. Und weshalb? Weil wir nicht mehr gewillt sind, uns weiter terrorisieren zu lassen. Werftarbeiter hört! Genug des Elends, genug der Verbeugung. Verlangt von denen, die euch in das Elend geführt haben, Rechenschaft! Verlangt erneut eine Werftarbeiterversammlung und Wiederaufnahme der Arbeit.

Die Streikleitung der 6000 Arbeiter.

Die sich der geschobenen Abkündigung enthalten haben. Sucht nur die Köpfe zu verwirren, sie zu befriedigen ist schwer! Solchen die moskowitischen Weltbegleiter aus! Die schlimmsten Merkmale ungelungenen Scheiterns zeigen sich an ihnen. Es trifft auf sie buchstäblich zu, was Karl Marx einmal über die Sektensbewegung innerhalb der Arbeiterchaft schrieb: „Die Sekte sucht ihr Vaselinecht in ihrer allereigensten Besonderheit, nicht in dem, was sie mit der Klassenbewegung gemein hat, sondern in dem besonderen Erkennungszeichen, das sie von ihr unterscheidet.“ Immer liest ihr die von den Anhängern Moskaus betriebene gewerkschaftliche Zersplitterung der deutschen Arbeiter in den Sumpf hinein. Eine Ausperrung in den Köstler Farbwerken, von der jedenfalls mehrere Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen betroffen wurden, war im Grunde genommen ebenfalls auf Sanden kommunistischer Heißsporne zurückzuführen, von welchen selbst die „Rote Fahne“ verschämmt zugeben mußte, daß sie „unter normalen Umständen vielleicht nicht zu billigen gewesen wären“. Aus einer Schilderung der Köstler Vorgänge im „Proletarier“, dem Organ des Fabrikarbeiterverbandes, ersehen wir, daß es sich für die Arbeiterchaft zunächst darum handelte, die Entlassung eines Direktionsbeamten zu erzwingen, der die Arbeiterchaft beleidigt hatte. Die Direktion erklärte, daß sie dies schon aus freien Stücken getan hätte. Damit gaben sich die Arbeiter zufrieden. Zur gleichen Zeit aber, unabhängig von irgenwelchem Vorgehen der Arbeiterchaft, wurden von einem Komitee, das sich gebildet hatte und auf das die Kommunisten einen sehr starken Einfluß ausübten, unter Anwendung von Gewaltmitteln bedeutendster Art weitgehende materielle Forderungen durchgedrückt. Bald darauf wurden von der Direktion der Farbwerke die erzwingen. Willenserschrecken jedoch als nichtig und unerfüllbar erklärt. Da nach Ansicht der Werksleitung eine ruhige und geordnete Weiterführung des Betriebs bei den gegebenen Umständen nicht gewährleistet schien, schloß diese unter fruchtloser Entlassung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen sofort das Werk.

Wir wissen nicht, ob die durch Unternehmerlums erfolgte Ausperrung inzwischen reiflos aufgehoben ist, nachdem die ruhige Überlegung auf beiden Seiten wieder Platz gegriffen hat. Das aber wissen wir bestimmt, daß der gelangten Arbeiterchaft der Köstler Farbwerke durch die gewissenlose Putschtaktik und die gewerkschaftlichen Balkanmethoden der Kommunisten unermesslicher Schaden erwachsen ist, zumal die Ausperrung noch auf benachbarte große Werke übergreifen sollte. Der „Proletarier“ traf den Nagel auf den Kopf, wenn er „den Kämpfen in der Köstler Industrie folgendes schrieb: Falls wir das Vorgehen der Arbeiter, nachdem sie die Entlassung Millers (des Direktionsbeamten) erreicht hatten, nimmere ich unter Führung von hiesigen Sozialisten erkennen zu müssen und nach dem Stille im Werk zu ruhig zu tun zu führen. Falls wir aber auch das Verhalten des Arbeitgeberverbandes, der ohne andre Vorbehalte, die Sache beizulegen, einfach die Ausperrung verweigerte, die nimmere auch von den Firmen Sinterfeldstraße Kellnerbad und Cleitron (Ortesheim) vorgenommen wurden. Wollt ihr nicht wahrhaftig, das gilt für den einen Teil der Arbeiter, wie auch für die Arbeitgeberorganisation. Man könnte annehmen, daß die Arbeiter sich mehr in der Gewalt haben als unbillig inerte, kommunistisch angelegte Arbeiter. Es ist nicht notwendig, daß eine begangene Torheit der einen Seite mit einer solchen von der anderen Seite beantwortet wird. Die Tariftarifkommission für die chemische Industrie des Bezirks VII, umfassend Hessen und Hessen-Nassau, lehnte das Vorgehen unverantwortlicher Elemente in den Werken Ortesheim, Köstler a. M. und Kellnerbad ab, da derartige Maßnahmen im Gegenstande zu den vertraglichen Abmachungen stehen. Darüber hinaus bedauerliche Konsequenz aber auch außerordentlich die Maßnahmen der Arbeitgeberorganisationen, die unter Ausschließung der Vertragsbestimmungen zur Ausperrung übergingen, ohne vorher den Verzicht einer Verständigung mit den Arbeitgeberorganisationen zu machen. Es versteht sich von selbst, daß der Weg, den die Gewerkschaften bei der Erfüllung ihrer Aufgaben einschlagen, der Kritik unterliegt. Unter den heutigen traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen noch mehr als sonst. Verlangt man aber werden, daß die Kritiker sich von Sachlichkeit und dem Bestreben leiten lassen, einen besseren Weg zu zeigen, um zu Erfolgen zu gelangen. Eine Kritik, die auf kleinliche Mörgelei hinausläuft, bringt uns nicht vorwärts. Geistige Klarheit im Vorwärtschauen auf den Kampfmethoden und die Kampfbedingungen, unter denen ein Kampf geführt werden soll, muß das solidarische Zusammenwirken aller Mitglieder erzeugen, das allein zum Erfolge führt. Je stärker die Macht des Unter-

nehmerlums, je mächtiger die Unternehmerorganisation, desto wichtiger ist das feste Zusammenhalten und die straffe Einheitslichkeit in allen Aktionen der Arbeiter. Wer mit längst überholten Methoden des Syndikalismus oder mit kommunistischer Putschtaktik die Gewerkschaftsbewegung „vorwärtstreiben“ will, gleicht einem politischen Siebenmonatskinder, dem jeder Einblick in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und jedes Augenmaß für das gegenseitige Kräfteverhältnis fehlt. Der Kapitalismus kann nimmermehr durch politische Dilettanten gestürzt, sondern muß durch überlegende Gewerkschaftler überwunden werden. Das Aineintragen parteipolitischer Differenzen in die gewerkschaftlichen Organisationen erfordert nur die Lösung ihrer gewaltigen wirtschaftlichen Aufgaben, die Umgestaltung der Produktion in allgemeinem Sinne. Kein Geringerer als Karl Marx ist in überzeugender Weise für die Selbstständigkeit der Gewerkschaften eingetreten, wenn er 1864 in seinem „Politik“ schrieb: „Niemand dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Verbindung gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen sollen; geschieht dieses, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben. Die Gewerkschaften sind die Schulen für den Sozialismus. In den Gewerkschaften werden die Arbeiter zu Sozialisten herangebildet, weil ihnen das täglich der Kampf mit dem Kapital vor Augen geführt wird. Alle politischen Parteien, mögen sie sein, welche sie wollen, begehren die Massen der Arbeiter nur eine Zeitlang, vorübergehend. Die Gewerkschaften hingegen sein die Masse der Arbeiter auf die Dauer; nur sie sind instand, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen.“ Was gilt es zu beherzigen in dieser Zeit, wo kommunistische Parteianhänger alle Mienen springen lassen, um die Gewerkschaften vor ihren feindlichen Karren zu spannen!

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Berlin. Am 31. Oktober d. J. blickt unter Kollege Hermann Kefferman auf eine 50jährige ununterbrochene Tätigkeit im Seberberufe zurück. 1857 wurde er in Holzheim (Kurhessen) geboren, verlebte seine Kindheit im schönen Kassel und trat 1871 bei R. G. Daubig in Berlin in die Lehre, nach deren Abschluss er zunächst in R. v. Vedders Hofbuchdruckerei wirkte. Die Bewegung im Jahre 1876 veranlaßte ihn und drei gleichgestimmte treue Kollegen, von 200 beschäftigten, dort „Schluß“ zu machen und auf ausgebreitete Wanderfahrten zu gehen, auf denen er sich, u. a. in Flensburg und Frankfurt a. M., zu einem sowohl beruflich wie organisierte eifrigen, verlässlichen Kollegen entwickelte. Seine Rückkehr nach Berlin führte ihn zu Heinicke, „Neueste Nachrichten“, „Kohalensieger“, „Nationalzeitung“ und in andre Kunsttempel, in denen ihm reichlich Gelegenheit geboten wurde, für die hohen Ziele des Verbandes energisch einzutreten, oft unter Hintanhaltung der eigenen Kräfte. Seit 1902 gehört er dem Seberkreise der „Vossischen Zeitung“ (jetzt bei Ullstein, L.-G., Berlin SW 68) an, und wirkt hier seit langen Jahren unermüdet als Vertrauensmann und Hüter des Verbandsideals. Ihm und seiner Gattin ist eine glückliche, harmonische Ehegemeinschaft beschieden, und „Bäterschens“ hochgefeiertes Säuglings schlägt seit Gründung der „Typographia“ (1879) aktiv in fröhlichen Takt. Möge dem wackeren Manne, dem treuen Genossen die geistige und körperliche Spannkraft, die ihm an seinem Ehrenstage zu eigen ist, noch recht lange erhalten bleiben!

Södn a. Rh. Da die hiesige Firma St. Josephs-Verlag sich weigert, den Tarif schriftlich anzuerkennen, dürfen doch Verbandsmitglieder, wie tariltreue Beihilfen überhaupt, nicht in Kondition treten.

Gestorben

In Frankfurt a. M. am 30. August der Seherinvalide Peter Seher aus St. Schulbach, 71 Jahre alt; am 29. September der Seherinvalide Karl Mener aus Freien, 73 Jahre alt; am demselben Tage der Seher Philipp Ergraber aus Mischensburg, 49 Jahre alt — Heiratung. In Weilmünster am 19. September der Seher Karl Kupha aus Sossitz, 28 Jahre alt. In alle a. D. S. der Seher Hans Ebel aus Stuttgart, 29 Jahre alt — Schwuldmitt. In Hamburg am 1. Oktober der Seher Heinrich Sanders von dort, 34 Jahre alt.

Briefkasten

Jma: Diese Angelegenheit wollen wir auf der Gauvorsiehkonferenz zur Sprache bringen; es muß Klarheit erst darüber geschaffen werden, ob der Verband als Gewerkschaft auch auf diesem Gebiete noch einbringen soll. — B. G. in G., M. A. in D.: Soll aufgenommen werden; Es müssen aber noch warten, denn es liegen ältere Artikel vor. — S. Sch. in S.: 10 Mh.

Versammlungskalender

Frankfurt a. M. Maschinenleherversammlung Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Kempffbad“, im eigenen Geg. Selbe (Södn). Bezirksversammlung Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 12 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ in Sufum, Södnstraße. Marktredwitz. Bezirksversammlung Sonntag, den 6. November, vormittags 10 Uhr, im „Friedenssaal“ in Weiden. München. Maschinenmeisterversammlung Montag, den 31. Oktober, im „Sporer“, Reberstraße. Queblenburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 30. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Gefellschaftshaus“, „Verlust“ in Queblenburg, Halberstädter Straße. Rostock. Bezirksversammlung Freitag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Philharmonie“.